

Strauß verdroß, daß Lastwagenfahrern nach Feststellung seiner Staatskanzlei auf dem Weg über die Alpen bis zu drei Dutzend Formulare abverlangt werden, darunter Liefer-, Zähl- und Tankscheine, Zollzeugnisse, Veterinärzertifikate, Mautkarten, Gewichtlisten und diverse Laufzettel.

Bayrische Politiker setzten denn auch nicht Hundertschaften und Wasserwerfer in Marsch, sondern eilten beifällig zum Tatort von Kiefersfelden – Abgeordnete, Staatssekretäre und Minister ebenso wie, allen voran, Landesvater Strauß, der „volle Unterstützung“ zusagte und sich eigens in „Trucker-Kluft“ warf, wie die „Süddeutsche Zeitung“ respektvoll notierte. Die von Strauß angeführte Polit-Protektion für die Trucker-Blockade – Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann versprach sogar, sich für Straffreiheit der Akteure zu verwenden – begrub nahezu jeden Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Laster-Demo.

Der bayrische Innenminister Karl Hillermeier, eines der harten bayrischen Mannsbilder in der Nürnberger „Komm“-Affäre, wand sich hilflos vor der Fernsehkamera: Man könne doch nicht so gewichtige Demonstrationsmittel wie die 38-Tonnen-Lastzüge von der Straße holen.

Tage dauerte es, bis in der Beurteilung der Brummi-Blockade durch Politiker wieder die Maßstäbe zurechtgerückt wurden. Einen Tag nach der Aufhebung des Verkehrsspektakels ließ Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) lakonisch verlautbaren, die Lkw-Blockade sei „strafrechtlich als Nötigung einzustufen“ und „nicht anders zu beurteilen als Aktionen zivilen Ungehorsams von Nachrüstungsgegnern“.

Die waren im Herbst vergangenen Jahres, als sie sich zu friedlichen Sit-ins vor US-Kasernen niederließen, zu Dutzenden weggetragen, unverzüglich identifiziert und mit Strafbefehlen überzogen worden. Allein in Mutlangen kam es zu insgesamt 680 Festnahmen.

FERNSEHEN

Schwarzes vom Firmament

Weichenstellung beim Satellitenfernsehen: Die liberalen Verlage Bertelsmann und „WAZ“ wurden aus dem ersten Programmkonsortium ausgebootet. Drin blieben konservativ wie Springer, Bauer, Burda.

Während den Beamten in Bernhard Vogels Mainzer Staatskanzlei an Weiberfastnacht die Krawatten gestutzt wurden, ging einem Vogel-Gast um die gleiche Zeit Gewichtigeres verloren: der Zipfel einer großen geschäftlichen Zukunftschance.

Vergebens mühte sich der frühere Bundesfinanzminister Manfred Lahnstein (SPD) am Donnerstag letzter Wo-



Fernseh-Unterhändler Lahnstein, Vogel*: Weltraumpoker der Satellitenrunde

che, seinem neuen Arbeitgeber, der Bertelsmann AG, die Teilnahme am ersten deutschen Satellitenfernsehen zu sichern.

Eine fünfköpfige Herrenrunde in Vogels Amtszimmer – Vertreter anderer Verlagskonzerne, des Zeitungsverlegerverbands und einer Programmgesellschaft von Genossenschafts- und Raiffeisenverband – ließ sich in vierstündigem Gespräch nicht erweichen: Bertelsmann blieb von ihrem Fernsehkonsortium für den europäischen Kommunikationssatelliten ECS 1 ausgesperrt.

Damit war die erste TV-Partie im Weltraumpoker, bei dem CDU-Regent Vogel den erfolglosen Schlichter spielte, auch politisch vorentschieden. Das Anrecht auf den vorerst einzigen privaten Fernsehkanal im All ist einer Programmgruppe sicher, in der eine konservative Übermacht das Sagen hat.

Außer den liberalen Bertelsmännern mit ihrem sozialdemokratischen Vorstandsmitglied Lahnstein verschwand auch die unabhängige „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ („WAZ“) aus dem Satelliten-Klub, der ihr „die angestrebte Pluralität . . . gefährdet erscheinen läßt“ (Verlagsmitteilung).

Den beiden Ausgebooteten bleibt nun nur die Möglichkeit, ihre Ansprüche „getrennt“ (so das Gesprächskommuniqué) geltend zu machen, womöglich in einer neu zu bildenden Gruppierung. Doch das finanzkräftige Großkonsortium kann die voraussehbaren hohen Anlaufverluste beim ECS, für dessen Empfang Kabelnetze nötig sind und ein rentabler Markt erst in Jahren entsteht, besser teilen und minimieren.

Zugleich bringt die Raiffeisen-Programmgesellschaft PKS ein Spielfilmpaket von Filmpimporteur Leo Kirch (Beta/Taurus) in die Gruppe ein, während für Konkurrenten die Film-Ressourcen immer knapper werden. Nachdem die ARD die Senderechte an 1350 Spielfil-

men für 220 Millionen Mark bei Metro-Goldwyn-Mayer weggekauft hatte, zog das ZDF letzte Woche nach: Für 258 Millionen Mark werden die Mainzer insgesamt 1264 Filme erwerben.

Den schon vorletzte Woche bei Bertelsmann vernehmlichen Verdacht, Ministerpräsident Vogel selbst unterstütze den Ausschluß der Gütersloher und ihrer Zeitschriftentochter Gruner + Jahr (mit dem liberalen „Stern“) aus dem Satelliten-Konsortium, wies der Christdemokrat weit von sich. Sein Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer: „Davon kann überhaupt keine Rede sein.“

Offiziell wurde argumentiert, Bertelsmann habe mit einer vereinbarten 40-Prozent-Beteiligung am deutschsprachigen TV-Programm „RTL Plus“ von Radio Luxemburg – regional über einen grenznahen Luxemburger Antennenmast zu sehen – gegen die Satelliten-Partnerschaft verstoßen. Doch das war offenkundig nur ein willkommener Vorwand.

Während das Konsortium mit dem Medienkonzern auch die „WAZ“ klaglos ziehen ließ, die mit dem australischen Medienzaren Rupert Murdoch einen Gesprächskontakt hat, blieb der konservative Holtzbrinck-Verlag ungeschoren. Dessen Beteiligungsobjekt „Saarbrücker Zeitung“ sendet bei „RTL Plus“ Regionalfernsehen. Holtzbrinck aber gehört neben den konservativen Verlagen Springer, Bauer und Burda weiter zum Satelliten-Konsortium.

Ins Bild paßt auch eine Vorzugsbehandlung für Springer. Dem Berliner Pressekonzern sind gleich zwei ECS-Programmanteile zugeordnet – als Zeitungsverleger in einer geplanten News-Show am Abend, als Zeitschriftenmacher in einer festen Folge politischer Magazine.

Am 28. März wird die – von den Ministerpräsidenten mit der Genehmigung beauftragte – Ludwigshafener Anstalt für Kabelkommunikation entscheiden, ob vom Firmament künftig vorwiegend Schwarzes herniederflimmert.

* Am Donnerstag letzter Woche in der Mainzer Staatskanzlei.